

Pressemitteilung  
des Bonn-Kölner Antikriegsbündnisses

für Entschädigung im Kundus-Prozess, für Strafverfolgung der deutschen  
Kriegsverbrecher und für den Abzug von Bundeswehr und NATO aus Afghanistan

vom 28.10.2013

„Wir wollen Entschädigung, Strafverfolgung und ein Ende dieses Krieges!“

Protestaktion anlässlich des Prozesses der Hinterbliebenen des Kundus-Massakers  
gegen das Verteidigungsministerium

Zum Auftakt des Kundus-Prozesses in Bonn rufen Antikriegsgruppen zur Kundgebung  
vor dem Landgericht auf.

„Gemeinsam wollen wir endlich das von der Bundesregierung und der Bundeswehr  
verordnete Schweigen über das Massaker von Kundus brechen!“ sagt Simon Ernst,  
einer der Sprecher des Bündnisses, dem Anti-Kriegs-Initiativen aus Köln und Bonn  
angehören, aber auch afghanische, kurdische und palästinensische Vereine sowie  
linke und antikapitalistische Gruppen und Parteien.

Im September 2009 waren mehr als 140 Zivilisten durch das vom damaligen  
Bundeswehr-Oberst Klein angeordnete Bombardement zweier Tanklaster ums  
Leben gekommen.

Verteidigungsminister Jung musste damals nach Vertuschungsversuchen  
zurücktreten.

„Die weisungsgebundene Bundesanwaltschaft hat ihre Ermittlungen gegen den  
verantwortlichen Bundeswehroffizier eingestellt.

Erst durch das Zivilverfahren der Angehörigen wird jetzt eine gerichtliche  
Prüfung

dieses Kriegsverbrechens möglich - vor den Augen der Welt“, so der  
Geschäftsführer des Netzwerks Friedenskooperative Manfred Stenner.

Das Verteidigungsministerium hatte zunächst die Herausgabe wichtiger Dokumente  
und Materialien verweigert, jetzt müsse aber alles auf den Tisch, betont das  
Bündnis.

Stenner: „Wir nehmen den Prozess auch zum Anlass, dem gesamten  
verhängnisvollen Krieg zu widersprechen. Wir wollen nicht tatenlos zusehen,  
wenn deutsche Soldaten fremde Länder besetzen und das Völkerrecht mit Füßen  
treten.

Wir sagen: Den blutigen Krieg am Hindukusch führt die Bundesregierung nicht in  
unserem Namen!“

Das Bündnis zieht eine absolut negative Bilanz des Krieges.

Entgegen der offiziellen Begründungen des Afghanistanfeldzuges durch die NATO  
als eines „Kriegs für Menschenrechte“, „Frauenrechte“ und die

„Verbreitung von Demokratie“, habe Afghanistan in den zwölf Kriegsjahren auf  
allen diesen Gebieten deutliche Verschlechterungen erleben müssen.

Das ohnehin bettelarme Land würde weiter zerstört und zu Boden geworfen.

Seit Kriegsbeginn habe sich die Zahl der Slumbewohner auf 4,5 Millionen mehr  
als verdoppelt. Auch die Gewalt gegen Frauen nehme nach Angaben von

Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch seit dem  
NATO-Einmarsch zu und nicht ab und von Demokratisierung könne unter der  
NATO-Besatzung nicht die Rede sein.

„Der Afghanistankrieg basiert von Anfang an auf einem Lügengebäude.

Die Realität sieht so aus, dass die NATO das Leid der Afghanen mit jedem  
weiteren Kriegstag nur noch steigert. Mit unserer Kundgebung am Mittwoch

direkt vor der Pforte des Bonner Landgerichts fordern wir nicht nur  
Entschädigung

für die Hinterbliebenen des Kundus-Massakers und Strafverfolgung der  
deutschen Täter, sondern wir sagen auch: Die Bundeswehr muss ein für

allemaal raus aus Afghanistan!" sagt Susanne Rohde von der Beueler Friedensinitiative, die die Kundgebung am Mittwoch moderieren wird.

Die Kundgebung am Landgericht findet von 10:30 bis 12 Uhr statt. Unter anderem sind Redebeiträge zum Prozess selbst, zur Forderung des Truppenabzugs und zu den Hintergründen des Krieges geplant. Als afghanische Flüchtlingsfrau wird zudem Wahida Kabir zur Situation der afghanischen Zivilbevölkerung sprechen. Das Kölner Bündnis gegen den Afghanistankrieg wird zudem zu einem symbolischen „Tribunal“ vor dem Wohnort des Befehlsgebers des Kundus-Bombardements General Klein aufrufen.

Das Plakat zur Kundgebung siehe (u.a.) unter:  
[http://www.friedenskooperative.de/gifs/kundus3010\\_plakat.jpg](http://www.friedenskooperative.de/gifs/kundus3010_plakat.jpg)

-----  
Kontakt:

Mani Stenner, Netzwerk Friedenskooperative, 0177-6014894  
Simon Ernst, ver.di-Jugend NRW-Süd, 0151-10734531  
Susanne Rohde, Beueler Friedensinitiative, 0176-51801977